



Projektland: Pakistan / Afghanistan

Quartal/Jahr: April bis Juni 2010

Schlagzeilen

Pakistan

- Verfassungsreform in Kraft getreten
- Staatshaushalt 2010-11 verabschiedet
- leichte Entspannung der Sicherheitslage
- zweites EU-Pakistan Gipfeltreffen

Afghanistan

- *Peace Jirga* in Kabul zusammengetreten
- erstaunliche Rohstoffunde und mögliche Konsequenzen
- NATO-Militäroffensive *Moshtarak* und *Omid*

PAKISTAN

Verfassungsreform in Kraft getreten

Am 8. April 2010 verabschiedet die Nationalversammlung die lang vorbereitete und im QB I/2010 ausführlich dargestellte Verfassungsreform (*18th Constitutional Amendment Bill*). Bereits am 15. April stimmt der Senat dem Änderungswerk der 1973 verabschiedeten Staatsverfassung zu; Staatspräsident Ali Asif Zardari ratifiziert das Dokument am 19. April 2010. Bei diesem ungewöhnlich schnellen, und gleichzeitig für die pakistanische Verfassungs-(änderungs)geschichte typisch schnellen Ratifizierungsprozess erschreckt vor allem, dass die öffentliche Diskussion der weitreichenden Verfassungsänderungen erst nach ihrer Verabschiedung einsetzt. Der Bericht der Reformkommission galt bis zur Erörterung durch die Nationalversammlung als streng vertraulich und trotz neunmonatiger Vorbereitung des Dokuments durch das *Constitutional Reform Committee* unter der Leitung von Senator Mian Raza Rabbani gelangten auch im Vorfeld der Parlamentsdebatten keine nennenswerten Informationen an die Öffentlichkeit. Dabei handelt es sich bei dem 18. Zusatz um die wichtigste

Änderung der seit 1973 bestehenden und seit dem von mehreren Militär- und Zivildiktatoren bis zur Unkenntlichkeit verbogenen Verfassung, die jemals von demokratisch gewählten Volksvertretern in parteiübergreifendem Konsens vereinbart und verabschiedet wurde.

Es wird nicht nur den Provinzen erheblich mehr Eigenverantwortung und Machtbefugnis erteilt (s. QB I/2010). Vor allem Beschlüsse zur zukünftigen Stellung des Staatspräsidenten bieten Nährboden für weitere Konflikte und zukünftige Krisen. So kann der Präsident nicht mehr eigenmächtig das Parlament auflösen, sondern wird nach Art. 58 erst auf Anweisung des Premierministers oder gemäß Art. 48 aufgrund eines erfolgreichen Misstrauensvotums des Parlaments gegen den Premier tätig. Ob und in wie weit dies grundsätzliche Auswirkungen auf das Verhältnis zwischen Staats- und Regierungschef haben wird, lässt sich nur kurzfristig eindeutig beurteilen: der gegenwärtige Premierminister Gilani wird weiterhin vom guten Willen des Präsidenten abhängig sein, da sein Kabinett von Günstlingen des Staatspräsidenten Zardari durchgesetzt ist. Ob die neue Machtverteilung zwischen Präsident und Premier mittel- und langfristig für mehr Stabilität des politischen Systems sorgen wird, bleibt abzuwarten.

Kritisiert wird außerdem, dass die Verfassungsreform Bestimmungen eines alten Verfassungszusatzes zu den Artikeln 62 und 63, die die Qualifikation und Disqualifizierung von Abgeordneten regeln, nur unzureichend modifiziert. Dies ist insofern bemerkenswert, da es sich um Relikte eines vergangenen Regimes handelt, die die demokratische Legitimation von Parlamentsabgeordneten unterhöhlen und die die eigentliche Intention der neuerlichen Verfassungsänderung konterkarieren. Erwähnenswert ist hierbei vor allem die leichtfertige Tilgung von Art. 63 Abs. 1, indem als disqualifiziert galt, wer wegen illegalen oder korrupten Tätigkeiten verurteilt wurde.

Prinzipiell sind die Anforderungen an Parlamentsabgeordnete hoch angesetzt, praktisch jedoch sind sie unüberprüfbar und unterliegen willkürlicher Interpretation. So wird in Art. 62 § d & e auf den „guten Charakter“ Bezug genommen. Darüber hinaus müssen adäquate Kenntnisse und Praktiken des Islam vorgewiesen werden und Bewerber „sündenfrei“ sein. Diese Bestimmungen machen es nicht nur nicht-muslimischen Staatsbürgern Pakistans ungemein schwierig, ihre Reputation gegen mögliche Anfeindungen zu schützen. Zwar wird in Art. 62 Abs. 2 auf die Nichtanwendung der einschlägigen Paragraphen bei Nicht-Muslimen verwiesen. Als Kriterium gilt hier aber die „gute moralische Reputation“ schlechthin.

Ebenso problematisch ist die auslegungsbedürftige Bestimmung, dass sich Bewerber keiner subversiven Tätigkeiten gegen „die Nation und Ideologie Pakistans“ schuldig gemacht haben dürfen. Art. 63 § g geht sogar darüber hinaus und bestimmt, dass bereits jede voreingenommene Meinungsäußerung

über die „Ideologie Pakistans“, über die „Moral“, über die „Unabhängigkeit der pakistanischen Nation“ und über die bewaffneten Streitkräfte zur Wahl als Parlamentsabgeordneter disqualifizieren.

Als theoretisch gelungen gilt die Föderalismusreform und weitreichende Subsidiarität der 18. Verfassungsänderung, die im QB I/2010 bereits ausführlich dargestellt wurde. Vormalig zentralstaatliche Angelegenheiten — insb. Steuererhebungsbefugnisse und die Zuständigkeit für Gesundheit und Bildung — werden den Provinzen zugesprochen. Ob und inwieweit eine föderalisierte Bildungs- und Gesundheitspolitik in Pakistan praktisch umzusetzen ist, bleibt aber offen. Es steht zu befürchten, dass bereits in der Vergangenheit auf zentralstaatlicher Ebene nur mit mäßigem Erfolg betriebene Bildungs- und Gesundheitspolitik bei ihrer provinziellen Vervielfachung vor allem den Verwaltungsapparat und die Kosten aufbläht, derweil die Qualität von Bildung und Gesundheitsversorgung unberührt bleibt oder sich verschlechtert.

Erfahrungsgemäß hilft dabei auch nicht die verfassungsmäßige Festschreibung eines Grundrechts auf Bildung, wie in Artikel 25 A der reformierten pakistanischen Verfassung geschehen. Damit verpflichtet sich der pakistanische Staat zwar, Kindern zwischen 5-16 Jahren kostenlose und verpflichtende Schulbildung zukommen zu lassen. Ungeklärt bleibt aber, wer für die Kosten einer allgemeinen Schulpflicht aufkommen soll. Per Verfassungs- und Föderalismusreform sind die Provinzen verpflichtet bis Juni 2011 eigene Bildungsministerien aufzubauen. Diese sollen eigene Lehrpläne erstellen und die neu zu schaffenden Stellen besetzen. Da diese Kapazitäten bisher nicht vorhanden sind und neben der Infrastruktur vor allem qualifiziertes Lehrpersonal in den Provinzen fehlt, bleibt offen, wann mit einem funktionierenden Schulbetrieb durch die Provinzen zu rechnen ist.

Staatshaushalt 2010-11 verabschiedet

Am 5. Juni 2010 wird der zuvor von beiden Häusern des Parlaments verabschiedete pakistanische Staatshaushalt für das Finanzjahr 2010-11 veröffentlicht. Die Gesamtausgaben belaufen sich auf insgesamt PKR 2764 Milliarden. Damit liegt der aktuelle Haushalt um 12,3% höher als in 2009-10. Die zentralstaatlichen Einnahmen belaufen sich auf PKR 1377 Mrd. ein Anstieg von 1,9%. Der Anteil der Provinzen am Gesamthaushalt umfasst PKR 1034 Mrd. Die Nettokapitaleinkünfte sind mit PKR 325 Mrd. um 70,2% zum Vorjahreshaushalt gestiegen. Einzig die externen Einkünfte haben eine Verringerung um 24% erfahren, auf aktuell PKR 387 Mrd. Die Ausgaben für die Staatsverwaltung (*General Public Services*), inklusive Schuldenzahlungen und Pensionszuschüsse (*super-annuation allowances*), umfassen PKR 1388 Mrd. was insgesamt einem Anteil von 69,5% der aktuellen Ausgaben entspricht. Das Programm zur Entwicklung des öffentlichen Sektors (*public sector development programme*) beläuft sich im aktuellen Haushalt auf PKR 663 Mrd. Für andere

Entwicklungsprogramme stehen weitere PKR 124 Mrd. zur Verfügung. Die Provinzen tragen ihrerseits einen Anteil von PKR 373 Mrd. zu den Entwicklungsprogrammen bei. Ein spezieller Etat für die Behörde zum Wiederaufbau und Wiederherstellung von Erdbeben (ERRA) hat den Umfang von PKR 10 Mrd.

Insgesamt verfügt der pakistanische Staat über Finanzmittel im Umfang von PKR 2597,893 Mrd. während sich die Ausgaben auf PKR 2764,437 Mrd. belaufen. Damit bleibt im Haushaltszeitraum 2010-11 ein Defizit von PKR 166,544 Mio. das mit Neuverschuldung ausgeglichen werden soll. Festzustellen ist, dass im aktuellen Haushalt 2010-11 — ebenso wie in 2009-10 — keine Erlöse aus Privatisierungen erwartet werden.

Das Steueraufkommen wird insgesamt mit PKR 1778,715 Mrd. um PKR 295,669 Mio. höher liegen als im Vorjahr. Dabei ist auffällig, dass sowohl die direkten als auch die indirekten Steuern einen Anstieg verzeichnen. Dies ist mit einer allgemeinen Steuererhöhung zu begründen, die vor allem die Mehrwertsteuer (*Value Added Tax, VAT*) und neu geschaffene Steuererhebungsspielräume der Provinzen betrifft. Die Einkünfte aus nicht-steuerlichen Einnahmen belaufen sich im Haushaltsjahr auf PKR 632,279 Mrd. eine Steigerung im Vergleich zum Vorjahr um PKR 63,381 Mio.

Den größten Posten im Steueraufkommen bildet laut offiziellen staatlichen Angaben die Einkommensteuer mit PKR 633,000 Mrd. Diese Angabe ist jedoch irreführend, da gemeinhin keine Einkommensteuer entrichtet wird und somit dieser Posten nicht berechnungsfähig ist. Die Steuern zur Sozialversicherung (*workers welfare tax*) und die Kapitalertragssteuer (*capital value tax*) sind zu vernachlässigen, da sie nur rund 0,3% der direkten Steuern ausmachen. Bei den indirekten Steuern macht die Verkaufssteuer mit PKR 674,900 Mrd. den größten Posten aus, gefolgt von Zöllen (180,800 Mrd.), der Verbrauchssteuer (*federal excise tax*; 153,600 Mrd.) und der Benzinsteuern (*petroleum levy*; 110,000 Mrd.).

Bei den Staatseinkünften aus nicht-steuerlichen Einnahmen ist vor allem der Bereich Verteidigung interessant. Dieser generierte aus sich heraus im letzten Haushaltsjahr PKR 121,514 Mrd. ein Betrag der im Haushaltsjahr 2010-11 auf PKR 133,463 Mrd. steigen soll. Dennoch decken diese ganz erheblichen Einnahmen aus dem Konglomerat von Militär und Wirtschaft keineswegs die Ausgaben des pakistanischen Staates für Verteidigung. Finanzminister Hafeez bezifferte am 19. Juni 2010 die Verteidigungskosten für 2010-11 auf PKR 442,170 Mrd. dies entspricht einer Steigerung von 16,9% zum Vorjahreshaushalt. Andere Schätzungen gehen von einem weitaus höheren Verteidigungsetat aus und belaufen sich auf PKR 670 Mrd. Dies entspräche einem Anteil von mehr als 20% am Gesamthaushalt.

Im Zuge des Länderfinanzausgleichs (*NFC-Award*) und der im April 2010 ratifizierten 18. Verfassungsänderung haben sich wesentliche Veränderungen in der Struktur der Zahlungen zwischen Zentralstaat und den Provinzen ergeben. Durch die Devolution verschiedener vormals zentralstaatlicher Zuständigkeiten auf Provinzebene ist es notwendig, dass diese finanziell besser ausgestattet werden als in der Vergangenheit.

Dies ist im neuen NFC-Award auch bereits geschehen und der Länderfinanzausgleich (insb. *divisible pool*) hat sich stark zu Gunsten der Provinzen verschoben. Insgesamt umfassen die Nettozahlungen an die Provinzen im Haushaltsjahr 2010-11 rund PKR 865,778 Mrd. im Vergleich zu PKR 574,064 Mrd. im Vorjahr. Die Zahlungen von den Provinzen an den Zentralstaat belaufen sich auf PKR 43,500 Mrd. ein leichter Rückgang um PKR 221 Mio. Ferner umfassen die Transferzahlungen an die Provinzen Direktzahlungen, Subventionen und Hilfgelder, die einen Umfang von insg. PKR 343,647 Mrd. haben. Als Nettotransferleistungen bleiben somit PKR 1077,015 Mrd. die direkt an die Provinzen ausgezahlt werden.

Allerdings hat der Ende Dezember 2009 für die Jahre 2010-15 verabschiedete *NFC-Award* nicht die nur vier Monate später verabschiedete Verfassungsreform vorhersehen können, die den Provinzen insg. zwischen 28 und 36 ehemals zentralstaatliche Behörden und Ämter aufbürdet, die bis Juni 2011 in allen vier Landesteilen aufgebaut werden müssen. Es bleibt also abzuwarten, wie sich die Mittelausstattung Pakistans und seiner vier Provinzen in Zukunft tatsächlich ausgestaltet. Es bleibt bis dato völlig ungewiss, wie die Provinzen mit den zusätzlichen finanziellen Mitteln des Länderfinanzausgleichs, als auch mit den weitreichenden neuen Zuständigkeiten im Bereich Bildung und Gesundheit umgehen, und ob die erhöhten Zuschüsse die gestiegenen Kosten decken werden. Ebenso bleibt abzuwarten, wie die bereits hoch verschuldete Zentralregierung ihre völlig aufgeblähte und ineffiziente Bürokratie mit deutlich weniger Mitteln finanzieren können. Finanzstreitigkeiten zwischen Bund und Ländern prägten bereits in der Vergangenheit die Alltagspolitik und werden auch in Zukunft die politischen Auseinandersetzungen zwischen Islamabad und den Provinzen bestimmen.

leichte Entspannung der Sicherheitslage

Die Sicherheitslage in Pakistan kann während des zweiten Quartals 2010 als beruhigt gelten. Zwar kommt es in den westlichen Provinzen Khyber-Pakhtoonkhwa (vormals *North-West Frontier Province*, NWFP) und Belutschistan, und dort vor allem entlang der Grenze zu Afghanistan, regelmäßig zu kleineren Scharmützeln zwischen Armee und Aufständischen. Vor allem die Region Orakzai, ein gemeinhin als Rückzugsgebiet der *Tehrik-e-Taliban Pakistan* (TTP) und ihres Anführers Hakimullah Mehsud bekanntes Stammesgebiet, ist seit der von der pakistanischen Armee Ende 2009

begonnenen Offensive nicht zur Ruhe gekommen. Dennoch finden im Berichtszeitraum keine nennenswerten Terroranschläge in Pakistan statt. Einzige tragische Ausnahme bildet der Anschlag auf zwei Moscheen der Ahmadiya Glaubensgemeinschaft in Lahore am 28. Mai 2010. Es liegen noch immer keine offiziellen Angaben über das Ausmaß des Anschlags und die Zahl der Opfer vor; ausländische Medien berichten jedoch von 70-80 Toten und mehr als 100 Verletzten. Angreifer sollen mit Handgranaten, Maschinengewehren und Sprengstoffgürteln bewaffnet in die Gotteshäuser eingedrungen sein und mehr als 2000 Gläubige in ihre Gewalt gebracht haben. Sicherheitskräften in Lahore gelingt es, die Menschen zu befreien. Vier der Angreifer werden verletzt, zwei weitere festgenommen.

Von Bedeutung ist der Anschlag vor allem aufgrund der Tatsache, dass es sich um einen der schwersten Angriffe auf eine religiöse islamische Minderheit im Land handelt. Die Mehrheit der pakistanischen Muslime sind Sunniten, die die islamische Glaubensgemeinschaft der Ahmadiya als Häretiker betrachten, da sie den Gründer ihrer Religionsgemeinschaft als den vom Koran angekündigten letzten Propheten (*Mahdi*; der Verborgene) verstehen. Die sich zu dem Anschlag bekennende TTP wirft den „Ahmadis“ in einem Bekennerschreiben vor, Mohammed nicht als Propheten anzuerkennen, gegen den Heiligen Krieg zu konspirieren und „gemeinsame Sache mit Juden“ zu machen.

Unter Druck von sunnitischen Hardlinern hatte der damalige Regierungschef Zulfikar Ali Bhutto bereits in den 1970er Jahren die Ahmadiya zu einer nicht-muslimischen Minderheit erklärt. Sie dürfen sich seitdem nicht als Muslime bezeichnen oder muslimische Praktiken ausüben, wie beispielsweise das Zitieren islamischer Gebete. Nach eigenen Angaben zählen sich rund vier Millionen Pakistani zu den Anhängern der Ahmadiya-Gemeinschaft, dies ungeachtet der Tatsache, dass ihr Glaubensbekenntnis und ihre Religionsausübung unter Strafe stehen.

zweites EU-Pakistan Gipfeltreffen

Am 4. Juni 2010 findet in Brüssel das zweite EU-Pakistanische Gipfeltreffen statt. Teilnehmer sind Ratspräsident van Rompuy, Kommissionspräsident Barroso und Handelskommissar de Gucht. Pakistan wird hochrangig von Premierminister Gilani, Außenminister Qureshi und Handelsminister Fahim vertreten. Die EU-Kommission sagt in der Abschlusserklärung zu, die humanitäre Flüchtlingshilfe für Betroffene der Auseinandersetzungen zwischen den pakistanischen Streitkräften und den Taliban zu erhöhen. Zudem werden regelmäßige Gesprächsrunden über den Anti-Terror-Kampf vereinbart. Die Delegationen bleiben sich jedoch uneinig über das Ausmaß von Wirtschaftshilfe und Handelserleichterungen, die Pakistan als Entschädigung für seine Anstrengungen im „Kampf gegen den Terror“ fordert. Weitere Themen des

Gipfeltreffens sind das pakistanische Atomprogramm, einschließlich der Nichtverbreitung, sowie die Bekämpfung des Drogenanbaus.

AFGHANISTAN

***Peace Jirga* in Kabul zusammengetreten**

Vom 2.-4. Juni findet in Kabul die *National Consultative Peace Jirga* statt. Präsident Hamid Karzai lädt insg. mehr als 1600 Delegierte nach Kabul, um eine neue Strategie zum Wiederaufbau Afghanistans zu erarbeiten bzw. den im Rahmen der Afghanistan Konferenz in London im Januar 2010 angekündigten Dialog- und Versöhnungsprozess mit aufständischen Kräften genauer zu definieren. Obwohl man mit der neuen Strategie ausdrücklich auch auf Aufständische zugehen will, sind Vertreter der Taliban-Bewegung bezeichnenderweise nicht zur Teilnahme an der Friedensversammlung geladen.

Eine Reaktion der Aufstandsbewegung folgt dennoch bereits am zweiten Tag der Konferenz in Form von Raketenangriffen auf das Versammlungszelt. Gulbuddin Hekmatyar, einer der bekanntesten Widersacher der Regierung in Kabul, äußert sich derweil in einem Interview, daß die Konferenz einzig und allein eine Showveranstaltung für internationales Publikum sei und fordert den sofortigen Abzug aller ausländischen Truppen als Vorbedingung jeglicher Friedensverhandlungen. Präsident Karzai, der zum Zeitpunkt der Raketeneinschläge selbst auf der Bühne steht, gelingt es, die Delegierten zu beruhigen. Die Veranstaltung bleibt dennoch getrübt von der Tatsache, dass die eigentlichen Gegenspieler der Zentralregierung fehlen und dadurch die Relevanz der *Peace Jirga* von Beginn an in Frage steht.

Die Kabuler Friedenskonferenz endet mit einer wohlklingenden Deklaration, die keine neuen Strategien oder Konzepte vorlegt, sondern bereits bekanntes wiederholt. Die Deklaration spricht sich allgemein für den Wiederaufbau und die Stabilisierung des Landes sowie für den Erhalt des traditionellen Jirga-Systems als Kommunikations- und Entscheidungsforum Afghanistans aus. Darüber hinaus stellt die Abschlusserklärung fest, dass es keinerlei Vorbedingungen für Friedensverhandlungen und Gespräche mit Aufständischen geben dürfe. Sie fordert ausländischen Truppen auf, keine Gefangenen zu machen, deren „kriminelles Handeln“ nicht eindeutig bewiesen ist. NATO- und ISAF-Verbände werden außerdem aufgefordert, auf Luftschläge und militärische Operationen zu verzichten, in deren Folge zivile Opfer zu erwarten sind.

erstaunliche Rohstofffunde und mögliche Konsequenzen

Wie aus einer Anfang Juni veröffentlichten Studie hervorgeht, besitzt Afghanistan weltweit eines der größten bis dato unberührten Vorkommen des zur Herstellung

von modernen Batterien und Akkumulatoren unverzichtbaren und auf dem Weltmarkt stark nachgefragten Rohstoffs Lithium, nebst Eisen- und Kupfererz, Kobalt und Gold. Die entscheidende Frage, ob sich dieser in der internationalen Presse als geradezu märchenhaft dargestellte Fund von mineralischen Ressourcen als Segen oder Fluch für das wirtschaftlich schwer gebeutelte Land Afghanistan erweisen wird, beantwortet die Studie leider nicht. Eine ältere Untersuchung der Weltbank kommt zu dem Schluss, dass Rohstofffunde in Krisenregionen die Gefahr von neuerlicher Konflikteskalation vergrößern. Hinzu kommt die schwierige Sicherheitslage in Afghanistan, die einen wirtschaftlichen Abbau der Rohstoffe auf absehbare Zeit ohnehin unmöglich macht.

Verglichen mit gleichartigen Lagerstätten in Australien und China haben die Vorkommen in Afghanistan offenbar nur einen niedrigen Gehalt an Lithium-Oxid. Allerdings ist die Wirtschaftlichkeit des Rohstoffabbaus mit der Nachfrage nach diesen Rohstoffen verknüpft. Wie sich der Lithium-Bedarf weltweit entwickeln wird, hängt vor allem davon ab, welche Technologie zukünftig insbesondere für Elektro-Autos eingesetzt wird.

Regional betrachtet werden die Rohstofffunde in Afghanistan vor allem zu einem Wettstreit zwischen China, Indien und Russland um einen größeren Einfluss bei der Ausbeutung der Ressourcen führen. Zwei große chinesische Firmen haben bereits angekündigt, mehr als vier Milliarden US-Dollar in die riesige Kupfermine von Aynak südlich der Hauptstadt Kabul zu investieren. Noch in diesem Jahr soll ein internationales Bieterverfahren für die Förderung von geschätzten 1,8 Milliarden Tonnen hochwertigen Eisenerzes in der abgelegenen Bergregion Hadschinak beginnen. Interessenten für das angeblich größte nicht erschlossene Eisenerzvorkommen Asiens sind ebenfalls Firmen aus China und Indien.

Der afghanische Präsident Karzai hat angekündigt, die großen Geberstaaten bei der Ausbeutung der am Hindukusch vermuteten Bodenschätze zu bevorzugen. Die Regierung werde zuerst jenen Ländern Zugriff gewähren, die Afghanistan in den vergangenen Jahren massiv unterstützt haben, betonte Karzai im Juni bei einem Besuch in Tokio. Die öffentliche Bevorzugung von ausländischen Unternehmen birgt Konfliktpotential und lässt befürchten, dass die ohnehin Kunden orientierten Netzwerke in Afghanistan abermals gestärkt hervorgehen werden. Ausländische Expertise wird für die erfolgreiche Ausbeutung der natürlichen Bodenschätze Afghanistans zweifellos importiert werden müssen. Karzai wäre aber gut beraten in Aussicht zu stellen, dass die zu erwartende Gewinne möglichst weit gestreut und transparent allen Bevölkerungsgruppen des Landes gleichermaßen zu gute kommen werden.

NATO-Militäroffensiven *Moshtarak* und *Omid*

Die im Februar 2010 von NATO-Verbänden in der Provinz Helmand begonnene *Operation Moshtarak* gilt als abgeschlossen und das Gebiet als von

aufständischen Talibankräften gesäubert. Laut anhaltenden Medienberichten steht nun der Beginn der *Operation Omid* (Hoffnung) in der Provinz Kandahar — seit jeher Hochburg der Talibanbewegung — unmittelbar bevor. Seit Wochen drängen die USA das pakistanische Militär vergeblich zu weiteren Vorstößen in die entsprechenden Stammesgebiete auf pakistanischer Seite, um den mit Beginn der *Operation Omid* erwarteten Rückzug der Talibankräfte auf pakistanisches Staatsgebiet zu verhindern. Pakistanische Militärvertreter berufen sich jedoch auf fehlende Kapazitäten, sodass der endliche Beginn der von General McChrystal als zweite militärische Großoffensive der neuen *surge*-Politik angekündigten *Operation Omid* weiterhin ungewiss bleibt.

An der weitgehend abgeschlossenen *Operation Moshtarak* waren in den vergangenen Monaten 4500 Marineinfanteristen der USA, 1500 afghanische Soldaten, über 1000 britische und andere ISAF-Truppen sowie 60 Kampfhubschrauber in der Region um die beiden Ortschaften Marjah und Nade'e'Ali in der südafghanischen Provinz Helmand beteiligt. Dabei haben NATO-Kampfflugzeuge und US-amerikanische *Huey-Cobra* Kampfhubschrauber angeblich sämtliche Talibanstellungen in der Region angegriffen und zerschlagen und über eintausend Aufständische vertrieben, die sich vor der Offensive in den Ortschaften verschanzt haben sollen.

Um zivile Opfer zu vermeiden war die Offensive im Voraus angekündigt worden, sodass neben Zivilisten auch aufständische Talibankräfte ausreichend Zeit hatten, das Gebiet zu verlassen. Insbesondere letztere sollen davon rege Gebrauch gemacht haben, derweil die zivile Lokalbevölkerung — unwillig Haus und Hof unbewacht zurück zulassen — weitgehend in ihren Dörfern zurückblieb. Dies ermöglichte ein schnelles und sicheres Vorrücken der internationalen Streitkräfte in der Region; im Kern wurde das eigentliche Ziel der *Operation Moshtarak* allerdings konterkariert. Die Befriedung der Provinz Helmand im Rahmen der *Operation Moshtarak* wurde im wesentlichen nicht dadurch erreicht, dass aufständische Kräfte bekämpft und besiegt wurden, sondern dadurch dass diese Talibanverbände in andere Landesteile abgedrängt bzw. verschoben wurden. Politische Beobachter bezeichnen die erreichte Sicherheit als trügerisch und allenfalls temporär.

Die Erfolgsbilanz der Operation Moshtarak ist zwiespältig. Es liegen keine offiziellen Angaben über die Anzahl getöteter Aufständischer, über die Zahl getöteter oder verwundeter Zivilisten oder das Ausmaß der Zerstörung ziviler Infrastruktur vor. Es ist davon auszugehen, dass das traditionelle, jahrhundertealte Bewässerungssystem der Region mittels unterirdischer Tunnelsysteme (*karez*) weitgehend zerstört ist. Laut US-amerikanischen Angaben diente es den Aufständischen als Lager und Versteck.

Die Erfolgsmeldungen von NATO- und ISAF-Truppen in der afghanischen Provinz Helmand können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die internationale

Staatengemeinschaft trotz technischer und zahlenmäßiger Überlegenheit die afghanische Aufstandsbewegung militärisch nicht besiegen kann. Damit einher geht die sukzessive Verschlechterung der Sicherheitslage in Afghanistan. Dies müssen auch im Norden des Landes stationierte deutsche Bundeswehrverbände erfahren, als bei einem Anschlag am Karfreitag drei deutsche Soldaten ums Leben kommen. Im Juni 2010 muss die Bundeswehr fünf schwer verletzte Soldaten beklagen, die in Hinterhalten unter Beschuss geraten waren.

Einen weiteren Rückschlag erhielt die internationale Gemeinschaft durch die Beurlaubung des britischen Sondergesandten für Afghanistan, Sherard Cowper-Coles. Schwerer noch wiegt allerdings die Entlassung des ISAF-Kommandeurs Stanley McChrystal, der sich Ende Juni in US-amerikanischen Medien abfällig über die Afghanistanstrategie von Präsident Barack Obamas äußert. Der langjährige Kommandeur der ISAF galt als enger Vertrauter des afghanischen Präsidenten Karzai und Experte im Umgang mit Aufstandsbekämpfung. Zum Nachfolger McChrystals wird General David Petraeus ernannt.

Herausgeber: Christian J. Hegemer, Leiter IBZ
Autor: Dr. Martin Axmann
Lazarettstr. 33 – 80636 München –
Tel.: +49 (0)89 1258-0 – FAX. +49 (0)89 1258-359
E-Mail: grundsatzreferat@hss.de – Homepage: www.hss.de
Erstellt am: 17. Juli 2010